

KEIN ENDE DER GLOBALEN ÜBERWACHUNG

Am 5.6.2013 veröffentlichte die britische Tageszeitung „The Guardian“ den ersten Artikel einer beispiellosen Enthüllungsserie über die exzessiven Überwachungsprogramme westlicher Geheimdienste. Sie zeigte uns, dass sich die NSA und ihre Partner nahezu unbegrenzten Zugang zu unseren E-Mails, Mobilfunkdaten und Internetaktivitäten verschaffen und unsere Daten mit Hilfe hochmoderner Analysewerkzeuge auswerten. **Damit etablierten westliche Geheimdienste ein bisher nicht dagewesenes System anlassloser Massenüberwachung, das massiv in unsere Menschenrechte eingreift und unsere Freiheit bedroht.**

Zwar rückte durch die Enthüllungen das immense Ausmaß staatlicher Überwachung für einige Zeit ins öffentliche Bewusstsein und auf die politische Agenda, doch die Programme bestehen in leicht veränderter Form weiter und der NSA-Skandal wurde nie vollständig aufgearbeitet. Auch in Deutschland wurde mit dem „Gesetz über den Bundesnachrichtendienst“ anlasslose Massenüberwachung legalisiert und ein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Doch der NSA-Skandal darf nicht in Vergessenheit geraten. Die UN-Vollversammlung bekräftigte in mehreren Resolutionen, dass Menschenrechte wie das Recht auf Privatsphäre sowohl online als auch offline gelten.

Anstatt Massenüberwachung hinzunehmen, müssen wir auf die daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen hinweisen und unsere Rechte sowohl in Deutschland als auch weltweit einfordern.



AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als sieben Millionen Mitgliedern und Unterstützerinnen und Unterstützern unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Flüchtlingen
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täterinnen und Täter
- gegen Rassismus und Diskriminierung

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen:

www.amnesty.de/mitmachen

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben. Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Themenkoordinationsgruppe „Menschenrechte im Digitalen Zeitalter“
E: info@amnesty-digital.de . W: www.amnesty-digital.de

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00
IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 . BIC: BFS WDE 33XXX

© Amnesty International, TheKo „Menschenrechte im Digitalen Zeitalter“, Oktober 2018, V.i.S.d.P. Mario Lenhart
Titelbild und innen: „Flashmob gegen Überwachung 2018“ von „Digitale Freiheit“, https://www.flickr.com/photos/digitale_freiheit
Bild links außen: Gemeinfrei-ähnlich freigegeben durch unsplash.com ev
<https://unsplash.com/license>

 www.amnesty.de  [www.twitter.com/amnesty_de](https://twitter.com/amnesty_de)

 www.facebook.com/amnestydeutschland



MASSENÜBERWACHUNG

„Sammelt alles, erfasst alles, wisst alles, nutzt alles“

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



SCHWERE EINGRIFFE IN DIE MENSCHENRECHTE

Die Massenüberwachung des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA und seiner Partner findet unter dem Motto statt: „Sammelt alles, erfasst alles, wisst alles, nutzt alles“ (so eine Präsentation der NSA, die 2015 im Rahmen der Snowden-Enthüllungen bekannt wurde). Daher muss sich heute jeder Mensch darüber im Klaren sein, dass etwa die Teilnahme an einer Kundgebung, eine E-Mail an einen Anwalt oder eine kritische Meinungsäußerung über Facebook – kurz: jede öffentliche oder private Kommunikation im Netz – staatlichen Behörden noch nach Jahrzehnten bekannt ist und unter bestimmten Umständen auch gegen ihn verwendet werden könnte. Durch diese großflächige Erhebung, Speicherung und Nutzung greifen die Massenüberwachungsprogramme der NSA in unser Recht auf Privatsphäre ein, dessen Schutz in Artikel 12 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert ist.

Wenn wir, ohne dazu Anlass gegeben zu haben, in wesentlichen Teilen unseres Lebens ständig beobachtet werden, ist ein freies und selbstbestimmtes Leben nicht möglich. Eine derart willkürliche Überwachung ist nicht verhältnismäßig und verstößt daher gegen das Recht auf Privatsphäre. Außerdem ist die Privatsphäre eine essentielle Grundlage für zahlreiche andere Menschenrechte, wie das Recht auf Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit und das Recht auf Versammlungsfreiheit. Wer weiß, dass sein Kommunikationsverhalten ständig aufgezeichnet und analysiert wird, ändert sein Verhalten und nimmt möglicherweise seine Rechte weniger wahr. **Darüber hinaus fehlt jeder Beweis, dass Massenüberwachungsprogramme ihr Ziel, zusätzliche Sicherheit zu bieten, erreichen.** So kam ein von US-Präsident Obama eingesetztes Gremium zu dem Schluss, dass die massenhafte Analyse von Kommunikationsdaten durch die NSA keinen wesentlichen Beitrag zur Terrorabwehr geleistet habe. In einer Detailauswertung von 225 Fällen terroristischer Taten aus dem Al-Qaida-Umfeld zeigte die New America Foundation, dass Daten aus NSA-Massenüberwachungsprogrammen nahezu keine Relevanz für die Aufklärung dieser Taten hatten.

Während also erhebliche Zweifel bestehen, dass Massenüberwachung einen messbaren Nutzen für die Sicherheit bietet,



birgt die Etablierung derartiger Technologien ein erhebliches Missbrauchsrisiko. **Künftige politische Entwicklungen sind nicht vorhersehbar und auch in demokratischen Staaten können Regierungen an die Macht gelangen, die die Erkenntnisse aus der Massenüberwachung missbrauchen.**

Zur Aufarbeitung des NSA-Skandals wurde in Deutschland am 20. März 2014 der sogenannte „NSA-Untersuchungsausschuss“ eingesetzt. Als nach mehr als drei Jahren der 1800-seitige Abschlussbericht veröffentlicht wurde, war die Aufmerksamkeit für das Thema längst verschwunden. Dabei hatten die Enthüllungen von Edward Snowden offengelegt, dass auch der BND an der globalen Massenüberwachung beteiligt ist. Statt die Mitwirkung Deutschlands an dieser menschenrechtswidrigen Praxis einzustellen, wurden die Maßnahmen durch eine Reform des BND-Gesetzes gesetzlich verankert. Bereits im Oktober 2015 hatte der Bundestag zudem ein überarbeitetes Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Durch das Gesetz werden Telekommunikationsunternehmen in Deutschland dazu verpflichtet, zahlreiche unserer Standort- und Kommunikationsdaten über mehrere Wochen zu speichern.

Die Außenpolitik der Bundesregierung setzte hingegen Hoffnungszeichen. **Mehrere von Deutschland mitinitiierte UN-Resolutionen betonen, dass das Recht auf Privatsphäre auch online gilt.** Gleichzeitig steht die Bundesregierung den in anderen Staaten diskutierten Maßnahmen zur Schwächung oder zum Verbot von Verschlüsselung skeptisch gegenüber, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) fördert deren Verbreitung sogar. Verschlüsselung erschwert zumindest die massenhafte Überwachung von Kommunikationsinhalten auf technischem Weg.

FORDERUNGEN

Der NSA-Skandal ist weder aufgearbeitet noch darf er vergessen werden. Es ist wichtig, jetzt Aufmerksamkeit dafür zu schaffen, dass das Recht auf Privatsphäre ein Menschenrecht ist und nicht für vermeintlich mehr Sicherheit geopfert werden darf.

Daher fordert Amnesty International nach wie vor alle Staaten und insbesondere die USA und Großbritannien dazu auf:

- alle Programme zur anlasslosen Massenüberwachung unverzüglich zu beenden und sicherzustellen, dass alle Überwachungsmaßnahmen internationale Menschenrechtsstandards einhalten;
- sicherzustellen, dass Kommunikationsüberwachung nur bei einem konkreten Anlass (z.B. einem drohenden Verbrechen) und nur mit einer richterlichen Genehmigung stattfindet und dass dabei Mittel gewählt werden, die so wenig wie möglich in die Menschenrechte eingreifen;
- die Leitlinien und Grundsätze der Überwachung, einschließlich des Austauschs von Informationen mit anderen Staaten, offenzulegen.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, das Menschenrecht auf Privatsphäre zu achten und zu schützen. Sie muss insbesondere:

- eine Gesetzesänderung in den Bundestag einbringen, welche die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung zurücknimmt;
- eine Gesetzesänderung in den Bundestag einbringen, welche die unverhältnismäßigen Befugnisweiterungen für den BND durch die Reform des BND-Gesetzes zurücknimmt und die geheimdienstliche Kommunikationsüberwachung entsprechend internationalen menschenrechtlichen Standards gesetzlich beschränkt;
- prüfen, ob die Bundesregierung und/oder die Nachrichtendienste des Bundes mit ausländischen Regierungen und Nachrichtendiensten hinsichtlich menschenrechtswidriger Überwachungsprogramme zusammenarbeiten, und sicherstellen, dass eine solche Zusammenarbeit gegebenenfalls unverzüglich beendet wird.